



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Herr Kaune

Telefon: (0221) 221-24831

Fax: (0221) 221-26500

E-Mail: volker.kaune@stadt-koeln.de

Datum: 04.04.2017

Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 13.12.2016, 17:05 Uhr bis 18:43 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Herr Michael Paetzold	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Frau Bettina Houben	FDP

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE	vertritt Frau Röhrig, Ursula
Frau Polina Frebel	SPD	vertritt Herrn Kaske, Sven
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	vertritt Frau Gärtner, Ursula
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE	vertritt Herrn Heinlein, Joachim
Herr Karl-Heinz Walter	SPD	vertritt Herrn Ciesla-Baier, Dietmar

Beratende Mitglieder

Herr Thilo Fußén	Aidshilfe Köln e.V.
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Herr Dr. Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Herr Ulrich Krüger	Bürgerzentrum Ehrenfeld
Herr Ahmet Edis	GOL
Frau Beate Hane-Knoll	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Robert Gaida	auf Vorschlag der FDP

Verwaltung

Dr. Matthias Albers
Herr Andreas Bierfert
Frau Dr. Anne Bunte

Frau Doris Dieckmann
Herr Johannes Feyrer
Frau Dagmar Göring
Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein
Herr Prof. Dr. Dr. Alex Lechleuthner
Herr Jörg Simon
Herr Prof. Dr. Gerhard Wiesmüller

Gäste

Herr Thomas Hegenbarth PIRATEN Anwesend zur Begründung des Antrages zu
TOP 4.1

Schriftführer

Herr Volker Kaune

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ursula Gärtner	CDU	wird vertreten von Herrn Dr. Gutzeit, Walter
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	wird vertreten von Herrn Walter, Karl-Heinz
Herr Sven Kaske	SPD	wird vertreten von Frau Frebel, Polina
Herr Joachim Heinlein	GRÜNE	wird vertreten von Herrn Schwanitz, Hans
Frau Ursula Röhrig	DIE LINKE	wird vertreten von Herrn Detjen, Jörg

Beratende Mitglieder

Herr Günter Witzmann AfD

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Dr. Unna begrüßt die Anwesenden. Es gibt eine Änderung der Tagesordnung: Der TOP 5.7

Beschaffung von rettungsdienstlichen Leistungen der Notfallrettung nach Beschluss des Rettungsdienstbedarfsplans 2016 entsprechend der Regularien des § 13 RettG NRW (Mitwirkung anerkannter Hilfsorganisationen und anderer Leistungserbringer) (2768/2016)

wird einvernehmlich von der Tagesordnung genommen, um sich dem Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 12.12.2016 anzuschließen, aufgrund des bestehenden Beratungsbedarfs dem Rat zu empfehlen, zu beschließen, dass der Hauptausschuss am 09.01.2017 die Vorlage final beschließe.

Die Tagesordnung wird somit einstimmig wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A) Medizinische Grundversorgung von Wohnungslosen und/oder Drogenabhängigen in Köln durch den Mobilen Medizinischen Dienst des Gesundheitsamtes

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Rettungsdienstbedarfsplan - Einsatz von RTW
4043/2016

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Tuberkulose-Stationen an Kölner Krankenhäusern
AN/1824/2016
zurückgezogen

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Köln und Düsseldorf setzen sich gemeinsam für wissenschaftliche Studien zur Cannabis-Abgabe ein
AN/1827/2016

4.1.1 Stellungnahme zum Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates der Piratengruppe und der Fraktion Die Linke zum Thema Cannabis-Abgabe
3908/2016

5 Beschlussvorlagen

5.1 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" als Leitkonzept in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014 - 2020 und zur Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen
2899/2016

5.2 2020: Köln I(i)ebt Vielfalt - Diversity Konzept
3068/2016

5.3 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in den Jahren 2016/2017
3686/2016

- 5.4 Modernisierung der Leitstelle der Feuerwehr Köln - Projekt „Leitstelle 2020“
Planungsbeschluss
3382/2016
- 5.5 Abschluss eines 5 Jahres-Rahmenvertrages zur Beschaffung von Jacken,
Hosen und Hemden der Dienstkleidung bei der Feuerwehr Köln
3920/2016
- 5.6 Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
0745/2016/1
- 5.6.1 TOP 4.1. Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüch-
teten
AN/2036/2016
- 5.7 Beschaffung von rettungsdienstlichen Leistungen der Notfallrettung nach Be-
schluss des Rettungsdienstbedarfsplans 2016 entsprechend der Regularien
des § 13 RettG NRW (Mitwirkung anerkannter Hilfsorganisationen und ande-
rer Leistungserbringer)
2768/2016
- 6 Mitteilungen**
- 6.1 Beantwortung einer Anfrage gem. § 3 der Geschäftsordnung des Integrations-
rates zum Budget zum Einsatz von Sprach- und Integrationsmittlern im Ge-
sundheitswesen - AN/1628/2016 (GA 5 im Rahmen des Integrationsbudgets).
3504/2016
- 6.2 Beantwortung einer Anfrage gem. § 3 der Geschäftsordnung des Integrations-
rates zur Sicherstellung, dass alle Angebote des Gesundheitsamtes Köl-
ner*innen mit Zuwanderungsgeschichte ansprechen und erreichen -
AN/1629/2016 (Interkulturelles Maßnahmenprogramm - GA 3).
3511/2016
- 6.3 Beantwortung einer Anfrage gem. § 3 der Geschäftsordnung des Integrations-
rates zur Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als "Integrati-
onslotsen im Gesundheitswesen" - AN/1627/2016 (GA 4) im Rahmen des In-
tegrationsbudgets.
3531/2016
- 6.4 Neue Rettungswache in Worringen
hier: Gemeinsame Beantwortung der mündlichen Anfragen von Herrn Be-
zirksbürgermeister Zöllner (BV6) und von RM Herrn Kirchner (Bauausschuss)
3509/2016
- 6.5 Rohrleitungsschaden Naphtha
hier: Sachstandsbericht zum 15.11.2016
3731/2016

- 6.6 11. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation
4026/2016
- 6.7 Fortführung der "Fachärztlichen Beratung in Gemeinschaftunterkünften für
Geflüchtete"
3884/2016
- 6.8 Mitteilung über eine Kostenerhöhung beim Erweiterungsbau der Feuer- und
Rettungswache Chorweiler
4146/2016

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 8 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 11 Beschlussvorlagen**
- 12 Mitteilungen**
- 13 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

A) Medizinische Grundversorgung von Wohnungslosen und/oder Drogenabhängigen in Köln durch den Mobilen Medizinischen Dienst des Gesundheitsamtes

Der Leiter des Mobilen Medizinischen Dienstes des Gesundheitsamtes, Herr Dr. Müller, stellt anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation die Arbeit des Mobilen Medizinischen Dienstes dar und beantwortet die dazu gestellten Nachfragen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Rettungsdienstbedarfsplan - Einsatz von RTW 4043/2016

Auf Wunsch von SB Frau Houben erfolgt die Beratung in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses.

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Tuberkulose-Stationen an Kölner Krankenhäusern AN/1824/2016

Da die Anfrage bereits zur letzten Sitzung des Gesundheitsausschusses gestellt und dort mündlich beantwortet wurde, wird die erneute Anfrage zurückgezogen.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Köln und Düsseldorf setzen sich gemeinsam für wissenschaftliche Studien zur Cannabis-Abgabe ein AN/1827/2016

Der Antragsteller, RM Herr Hegenbarth begründet die gestellten 3 Teilanträge mit der aus seiner Sicht notwendigen Prävention. Er berichtet von der am 07.12.2016 stattgefundenen Fachtagung Cannabis in Düsseldorf. Er regt an, in Köln zumindest auch eine vergleichbare Fachtagung durchzuführen.

Der Leiter der Abteilung Soziale Psychiatrie des Gesundheitsamtes, Herr Dr. Albers, berichtet ebenfalls von dieser Fachtagung, die aus seiner Sicht keine neuen Erkenntnisse gebracht habe. Die Rechtslage sei unverändert. Zur Kostenfrage eines solchen Verfahrens teilt er mit, dass dort von 20.000 € für die Erstellung des Konzeptes und bis zu 1 Mio € für die Durchführung einer 2-jährigen Studie die Rede gewesen sei.

Er rate zur Beobachtung der Entwicklung in Düsseldorf, ohne eine eigene Fachtagung durchzuführen.

RM Herr Paetzold weist darauf hin, dass in dieser gesellschaftspolitischen Frage der Gesetzgeber gefragt sei und er auch vorschläge, die Entwicklung in Düsseldorf zu beobachten. Er bittet darum, die Dokumentation aus Düsseldorf zur Verfügung zu stellen, sobald diese vorliege.

RM Herr Detjen schlägt vor, die Dokumentation aus Düsseldorf zu diskutieren und einen jährlichen Sachstandsbericht vorzulegen.

Zusammenfassend wird in Abänderung des Antrages folgender Beschluss gefasst:

Der Gesundheitsausschuss beschließt, den Beschlussvorschlag des Antrages durch folgenden Beschlussvorschlag zu ersetzen:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren in Düsseldorf eng zu beobachten und dem Gesundheitsausschuss

- a) bei aktuellen Änderungen des Sachstandes, insbesondere bei einer Genehmigung eines Antrages zwischenzeitlich und
- b) nach Ablauf eines Jahres

einen Sachstandsbericht als Mitteilung zur Kenntnis zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.1 Stellungnahme zum Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates der Piratengruppe und der Fraktion Die Linke zum Thema Cannabis-Abgabe 3908/2016

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" als Leitkonzept in der neuen EFRE/ESF Förderphase 2014 - 2020 und zur Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen 2899/2016

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das Integrierte Handlungskonzept (IHK) „Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten“ (abrufbar unter www.starke-veedel.koeln), als zukunftsweisendes Leitkonzept zur Sozialraumorientierten Stadtentwicklung. Er beauftragt die Verwaltung unter Nutzung möglicher Förderzugänge die dargestellten *Maßnahmen umzusetzen*.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung von sozialraumspezifischen Einzel-IHKs. Diese basieren auf der Grundlage des Integrierten Handlungskonzeptes „Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten“ (Leitkonzept). Folgende Reihenfolge ist für die Erarbeitung der Einzel-IHKs vorzusehen:

bereits dem Land vorgelegt:

Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord

Buchheim und Buchforst sowie Mülheim-Nord und Keupstraße als Fortschreibung des Strukturförderprogramms MÜLHEIM 2020

Meschenich und Rondorf

bis Ende 2016: Humboldt / Gremberg und Kalk
Bickendorf, Westend und Ossendorf

bis Mitte 2017: Bilderstöckchen
Höhenberg und Vingst

bis Ende 2017: Ostheim und Neubrück
Bocklemünd / Mengenich
Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil.

Dem Rat werden die Einzel-IHKs jeweils zur Beschlussfassung vorgelegt.

3. Der Rat beauftragt die Verwaltung zum frühestmöglichen Zeitpunkt gebietsübergreifende und –spezifische Förderanträge zu stellen.
4. Der Rat beschließt die Anerkennung des Bedarfs für die im IHK „Starke Veedel - Starkes Köln: mitwirken, zusammenhalten, Zukunft gestalten“ aufgeführten Einzelmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rd. 77,3 Millionen Euro vorbehaltlich der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 51,4 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021ff (siehe Anlage 2) in Höhe von 25,9 Mio. € ist bereits nachrichtlich aufgeführt und wird in den zukünftigen Haushaltsplanaufstellungen berücksichtigt.
5. Der Rat beschließt die in Anlage 1 dargestellte Abgrenzung der Sozialräume

Bickendorf, Westend und Ossendorf

Bilderstöckchen

Blumenberg, Chorweiler und Seeberg-Nord

Bocklemünd / Mengenich

Höhenberg und Vingst

Humboldt / Gremberg und Kalk

Meschenich und Rondorf

Ostheim und Neubrück

Porz-Ost, Finkenberg, Gremberghoven und Eil

jeweils als „Gebiet der Sozialen Stadt“ gemäß § 171e Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) festzulegen. Der Beschluss über die Gebietsfestlegung ist ortsüblich im Amtsblatt der Stadt Köln bekanntzumachen.

Im Zusammenhang mit dem Strukturförderprogramm MÜLHEIM 2020 hat der Rat am 24.11.2011 bereits ein Gebiet der „Sozialen Stadt“ Mülheim beschlossen. Dieses umfasst im Wesentlichen die Sozialräume Buchheim und Buchforst sowie

Mülheim-Nord und Keupstraße. Damit entfällt hier die Notwendigkeit zur Neufestlegung eines „Soziale Stadt“- Gebietes.

Abstimmungsergebnis:

Dem Rat einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

**5.2 2020: Köln I(i)ebt Vielfalt - Diversity Konzept
3068/2016**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das Diversity Konzept „2020: Köln I(i)ebt Vielfalt“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung:

1. das vorliegende Diversity Konzept inklusive der beschriebenen Maßnahmen umzusetzen, den damit verbundenen Implementierungsprozess fortzuschreiben und somit die Strategie des Diversity Managements als Querschnittsaufgabe in und auf allen Ebenen der Stadtverwaltung zu etablieren und den Umsetzungsprozess zu begleiten,
2. insbesondere
 - **die Fragestellungen zur Erhebung der Ist-Analyse sowie ein daraus zu entwickelndes Controlling mit entsprechenden Indikatoren zu erstellen und den entsprechenden Ausschüssen und dem Integrationsrat sowie den einzelnen Stadtarbeitsgemeinschaften als Mitteilung vorzulegen,**
 - die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema fortzuschreiben,
 - die Vernetzung der betroffenen Akteure intern wie extern fortzuführen.
3. die Weiterentwicklung und Umsetzung des vorliegenden Konzeptes durch ein Maßnahmenprogramm dem Rat zur Entscheidung vorzulegen.
4. **Die Budgetierung für die Umsetzung der Maßnahmen im Haushalt 2018 und Folgejahren ist entsprechend einzubringen.**

Abstimmungsergebnis:

Dem Rat einstimmig in der Fassung des Beschlusses des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 12.12.2016 zur Beschlussfassung empfohlen.

**5.3 'Integrationsbudget' - Verteilung der Finanzmittel in den Jahren
2016/2017
3686/2016**

Beschluss:

Der Rat beschließt, die in 2015 entschiedene Verteilung der Finanzmittel aus dem „Integrationsbudget“ in Höhe von jährlich 915.700 € für die Jahre 2016 und 2017 – wie in der Anlage dargestellt – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2016/2017 – fortzusetzen. Die Aufwendungen sind im Haushaltsplan 2016/2017, Teil-

ergebnisplan 0504 – Freiwillige Sozialleistungen und Interkulturelle Hilfen bei Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen.

5.4 Modernisierung der Leitstelle der Feuerwehr Köln - Projekt „Leitstelle 2020“ Planungsbeschluss 3382/2016

Der Gesundheitsausschuss bedauert den aufgrund der Firmenpolitik der Firma Siemens notwendigen Wechsel des Anbieters.

Der stellv. Leiter der Abteilung Gefahrenabwehr III und Informationssysteme der Berufsfeuerwehr, Herr Bierfert, erläutert, dass es etwa 60 Kommunen in NRW und 400 Betreiber in ganz Deutschland gebe, die Leitstellen betreiben. Der Markt teile sich auf 4-5 Anbieter auf.

Die sich jährlich verlängernden Wartungsverträge für die aktuelle Anlage liefen noch. Siemens hat jedoch die Kündigung der Softwarepflege zum Ende des Jahres 2017 angekündigt. Eine Fehlerbehebung ab dem 01.01.2018 sei dann aber nicht mehr möglich.

Der Abschluss neuer Verträge mit einem anderen Anbieter sei auf der Grundlage des geltenden Vergaberechts zunächst für 4-5 Jahre möglich.

Auf Nachfrage von RM Herrn Dr. Strahl, informiert Herr Bierfert, dass eine Verlagerung auf das Netz der Polizei aus technischen Gründen (dort gebe es eine landesweite Lösung, die mit den Kommunen nicht kompatibel sei) nicht mehr möglich sei.

Beschluss:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass nach dem Rückzug des jetzigen Einsatzleitsystem-Betreibers (Fa. Siemens) aus dem Markt für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), der dauerhafte Betrieb des jetzigen Einsatzleitsystems zu einem nicht hinnehmbaren Ausfallrisiko führt, wodurch die Handlungsfähigkeit der Leitstelle erheblich gefährdet wäre.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung die Planung zur Neubeschaffung eines Einsatzleitsystems sowie eines Kommunikations- und Alarmierungssystems mit geschätzten investiven Kosten i.H.v. 13.445.733 € kurzfristig einzuleiten.
3. Die Finanzierung der Fachplanung mit errechneten Kosten i.H.v. 1.763.580 € erfolgt aus veranschlagten Mitteln i.H.v. 678.000 € in 2017 im Teilfinanzplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, Finanzstelle 3701-0212-0-0700, Leitstellenrechner.

Darüber hinaus erfolgt zur weiteren Finanzierung eine Sollumbuchung i.H.v. 1.085.580 € innerhalb des Teilfinanzplans 0212 von Finanzstelle 3701-0212-1-5200, Neubau FW 10, zur Finanzstelle 3701-0212-0-0700, Leitstellenrechner, Hj. 2016. Die Mittel werden im Haushaltsjahr 2016 für den Neubau der Feuerwache 10 nicht benötigt, müssen jedoch zum Hpl. 2018 zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung zusätzlich neu veranschlagt werden.

Die Finanzierung der zur Umsetzung der Maßnahme benötigten investiven Mittel i.H.v. 11.682.153 € (Kostenschätzung auf Grundlage eines Gutachtens eines qualifizierten Fachplaners i.H.v. 8.986.272 € zzgl. 30 % für Unwägbarkei-

ten) erfolgt durch eine zusätzliche Mittelbereitstellung zum Haushaltsplan 2018 im Teilfinanzplan 0212 Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Finanzstelle 3701-0212-0-0700, „Leitstellenrechner“.

Zur Finanzierung der aus den Investitionen entstehenden Abschreibungen in Höhe von 2.689.147 € p.a. und der Aufwendungen für Wartung/Support und Schulungen in Höhe von insgesamt 3.010.700 € für den Zeitraum von 5 Jahren, erfolgt ab dem Jahr 2018 eine zusätzliche Mittelbereitstellung im Teilergebnisplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst. Aktuell veranschlagte Mittel für die Wartung/Support des jetzigen Leitstellensystems werden gegen gerechnet. Eine jahresbezogene Kostendarstellung ist der Anlage 5 zu entnehmen.

4. Der Rat beauftragt die Verwaltung die Modernisierungsmaßnahmen nach dem aktuellen Stand der Technik auszuführen und dabei die Regelungen des BSI-Grundschutzes (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) gemäß den Vorgaben der Stadt Köln, sowie die Umsetzung der Vorgaben nach DIN EN 50518 einschließlich der Zertifizierung der Leitstelle der Feuerwehr Köln nach den vorgenannten Regelungen zur Minimierung des Haftungsrisikos, zur Sicherstellung eines hochverfügbaren und nachhaltig sicheren Betriebes und Qualitätsmanagements unverzüglich zu beginnen.
5. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das im Zuge der Modernisierung der Leitstelle notwendige europaweite VOF-Verfahren zur Erlangung von Fachplanerleistungen unverzüglich durchzuführen.
6. Unter dem Vorbehalt des Einvernehmens mit den Kostenträgern im Rettungsdienst (gesetzliche Krankenkassen) werden 60% der entstehenden Aufwendungen über Rettungsdienstgebühren im bodengebundenen Rettungsdienst und in der Luftrettung refinanziert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen.

5.5 Abschluss eines 5 Jahres-Rahmenvertrages zur Beschaffung von Jacken, Hosen und Hemden der Dienstkleidung bei der Feuerwehr Köln 3920/2016

Beschluss:

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergaben/Internationales ist mit dem Abschluss eines 5-Jahres-Rahmenvertrages zur Beschaffung von Jacken, Hosen und Hemden der Dienstkleidung bei der Feuerwehr Köln einverstanden.

Der Beschluss des AVR wird unter Vorbehalt der ungeänderten Zustimmung des Gesundheitsausschusses gefasst.

Der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales verzichtet darauf, die Vergabeentscheidung selbst zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.6 Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
0745/2016/1

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig ohne Votum zur Beratung in nachfolgende Gremien verwiesen.

5.6.1 TOP 4.1. Mindeststandards für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten
AN/2036/2016

RM Herr Dr. Strahl bittet um Verweis der Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien, da die interfraktionelle Arbeitsgruppe erst am 14.12.16 tage. Weiterhin fragt er nach den gesundheitlichen Aspekten.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, weist auf den Bericht unter TOP 6.7 zur Fortführung der „Fachärztlichen Beratung in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete“ hin, in dem auf die gesundheitlichen Aspekte eingegangen werde.

Im Zusammenhang mit der Frage von RM Herrn Detjen nach den Zuständen in der Flüchtlingsunterkunft in der Burgwiesenstr. erläutert Frau Dr. Bunte, dass es aufgrund des sofortigen Eingreifens des Gesundheitsamtes bei einzelnen Erkrankungen in allen Einrichtungen gelungen sei, eine Ausbruchssituation zu verhindern. Allgemein sei durch die Betreuung und Beratung vor Ort im Rahmen der Notfallsprechstunden die Anzahl der Rettungseinsätze zurückgegangen.

Der Leiter der Abteilung Infektions- und Umwelthygiene, Herr Prof. Dr. Wiesmüller, ergänzt, dass aktuell bundesweit ein aggressiver Norovirus auftrete.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig ohne Votum zur Beratung in nachfolgende Gremien verwiesen.

5.7 Beschaffung von rettungsdienstlichen Leistungen der Notfallrettung nach Beschluss des Rettungsdienstbedarfsplans 2016 entsprechend der Regularien des § 13 RettG NRW (Mitwirkung anerkannter Hilfsorganisationen und anderer Leistungserbringer)
2768/2016

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorlage wird mit dem Hinweis auf den Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 12.12.2016

Der AVR empfiehlt dem Rat, dass der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 09.01.2017 die Beschlussvorlage final beschließt.

nicht behandelt.

6 Mitteilungen

6.1 Beantwortung einer Anfrage gem. § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates zum Budget zum Einsatz von Sprach- und Integrationsmittlern im Gesundheitswesen - AN/1628/2016 (GA 5 im Rahmen des Integrationsbudgets). 3504/2016

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

SE Frau Hane-Knoll fragt, ob auch Krankenhäuser auf dieses Budget zurückgreifen könnten.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, teilt mit, dass dieses Verfahren nicht möglich sei und die Krankenhäuser hier in eigener Zuständigkeit tätig werden müssten. In diesem Zusammenhang weist sie noch darauf hin, dass die Beauftragung bisheriger Honorarkräfte, aus rechtlichen Gründen bei der Stadtverwaltung nicht mehr möglich sei. Hier werde nach einer Lösung gesucht. Zur Diskussion der Bedarfe für Sprachmittler im Gesundheitswesen in Köln seien für Januar/Februar 2017 die Geschäftsführer von Krankenhäusern sowie der Vorsitzende der Kreisstelle der KVNO zu einem Gespräch eingeladen worden.

6.2 Beantwortung einer Anfrage gem. § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates zur Sicherstellung, dass alle Angebote des Gesundheitsamtes Kölner*innen mit Zuwanderungsgeschichte ansprechen und erreichen - AN/1629/2016 (Interkulturelles Maßnahmenprogramm - GA 3). 3511/2016

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.3 Beantwortung einer Anfrage gem. § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates zur Qualifizierung von herkunftssprachlichen Zuwanderern als "Integrationslotsen im Gesundheitswesen" - AN/1627/2016 (GA 4) im Rahmen des Integrationsbudgets. 3531/2016

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.4 Neue Rettungswache in Worringen hier: Gemeinsame Beantwortung der mündlichen Anfragen von Herrn Bezirksbürgermeister Zöllner (BV6) und von RM Herrn Kirchner (Bauausschuss) 3509/2016

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.5 Rohrleitungsschaden Naphtha
hier: Sachstandsbericht zum 15.11.2016
3731/2016

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

RM Herr Paetzold bittet noch um eine genaue Erläuterung des Hinweises zur Nutzung von eigenen Brunnen. Die Verwaltung sagt eine schriftliche Stellungnahme zu.

6.6 11. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation
4026/2016

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.7 Fortführung der "Fachärztlichen Beratung in Gemeinschaftunterkünften für Geflüchtete"
3884/2016

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

RM Herr Detjen fragt, ob die personelle Kapazität ausreiche.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, informiert, dass die vorliegenden Daten regelmäßig ausgewertet würden, aktuell aber die Kapazität ausreichend sei.

6.8 Mitteilung über eine Kostenerhöhung beim Erweiterungsbau der Feuer- und Rettungswache Chorweiler
4146/2016

Der Gesundheitsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

RM Herr Dr. Strahl fragt nach dem Umfang der zu erwartenden Kostenerhöhung.

Der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Feyrer, teilt mit, dass es sich nach jetzigem Kenntnisstand um einige 100.000 € handle.

7 Mündliche Anfragen

RM Herr Paetzold fragt

a)

nach dem Stand der Einrichtung eines Drogenkonsumraumes und der Erstellung des Konzeptes sowie

b)

nach der Informationsveranstaltung für die Ausschussmitglieder am Kalkberg.

Der Leiter der Verwaltungsabteilung des Gesundheitsamtes, Herr Simon, teilt mit, dass

Zu a)

aktuell mehrere Möglichkeiten vom Ankauf und Umbau eines konkreten Gebäudes in Neumarktnähe bis hin zu einer Verlagerung der Substitutionsambulanz (dieses Gebäude befindet sich in städtischen Eigentum) und Nutzung dieser Räume als Drogen-

konsumraum geprüft würden. Hier entstünde allerdings dann das Problem, dass eine geeignete Immobilie für die Substitutionsambulanz gefunden werden müsse. Alle diese Möglichkeiten entsprächen der Vorgabe der Polizei, dass der Drogenkonsumraum aus Sicherheitsgründen keinen direkten Zugang zum Neumarkt haben dürfe und

Zu b)

eine gemeinsame Informationsveranstaltung für die Mitglieder des Gesundheitsausschusses, des Umweltausschusses und des Ausschusses für Umwelt und Grün für den 18.01.2016 geplant sei. (*Hinweis: eingeladener Termin vor Ort wurde abgesagt*)

Dr. Unna
Ausschussvorsitzender

Kaune
Schriftführer